

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 848 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, empfiehlt eine nüchterne und sachliche Diskussion über die Neutronenwaffe.

Seite 1/2

Erhard Mahne MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, versichert, daß sich der Bund nicht aus dem öffentlichen Personennahverkehr zurückziehen wird.

Seite 3

Walter Polkehn MdB fordert eine europäische Abrüstungskonferenz.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß, erinnert an die Auflagen, die der Bundesverkehrsminister für Veränderungen der Fahrpläne in der Fläche gemacht hat.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 25

5. Februar 1981

Absenkung der Nuklearschwelle

Diskussion um die Neutronenwaffe muß seriös geführt werden

Von Karsten Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Nach den amerikanischen Wahlen hat die neue republikanische Administration damit begonnen, ihre außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielvorstellungen zu formulieren. In diesem Zusammenhang ist es nicht überraschend, daß neben anderen Themen auch die Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Entwicklung und Stationierung der Neutronenwaffe neu begonnen wird. Der Verteidigungsminister Casper W. Weinberger hat sich für die Stationierung von Neutronensprengköpfen in Europa ausgesprochen. Allerdings hat er darauf hingewiesen, daß er über diese Absicht die europäischen Alliierten konsultieren will, bevor eine Änderung der 1978 von Präsident Carter getroffenen Entscheidung tatsächlich verwirklicht wird. Die Diskussion über die Neutronenwaffe ist 1977 in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend so geführt worden, daß der Eindruck entstehen konnte, als bedienten sich die Kritiker ausschließlich moralischer Gesichtspunkte und als sprächen alle verteidigungspolitischen Gesichtspunkte für den Bau und die Stationierung von Neutronenwaffen. Wie so häufig ist auch hier die Wirklichkeit differenzierter. Denn es gibt durchaus ernstzunehmende Militärspezialisten, die schwerwiegende Einwände gegen die Entwicklung und Stationierung der Neutronenwaffe haben. Sie fürchten, daß mit der Entwicklung und Stationierung von miniaturisierten Nuklearwaffen, zu denen die Neutronenwaffe gehören würde, die atomare Schwelle gesenkt werden könnte, und daß die faktische Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen, die bisher dem amerikanischen Präsidenten vorbehalten blieb, sich dann, zwar nicht formal, aber im tatsächlichen Entscheidungsablauf auf nachgeordnete Kommandeure verlagern würde. Andererseits sind neue konventionelle Waffensysteme entwickelt worden, wie z.B. die PGM (Precision Guided Munition) und die Clusterbombe, die in ihrer Wirkungsweise nicht weniger schrecklich als die Neutronenwaffe sind, die aber als konventionelle Waffensysteme verteidigungspolitisch weitgehend die gleichen Zwecke erfüllen könnten wie sie für den Einsatz der Neutronenwaffe von verteidigungspolitikern vorgesehen wird.



Schon aus diesen rein verteidigungspolitischen Gründen bestehen auch unter Militärfachleuten - besonders aus der Denkschule der sogenannten Konventionalisten - erhebliche Einwände gegen die Entwicklung und Einführung der Neutronenwaffe.

Darüber hinaus ist es so, daß bisher noch längst nicht alle rüstungskontrollpolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, die Neutronenwaffe auf dem Verhandlungswege durch Vereinbarungen zwischen Ost und West überflüssig zu machen. In der Öffentlichkeit sind wiederholt Vorschläge geäußert worden, die Neutronenwaffe gegebenenfalls in den Verhandlungsrahmen der Wiener MBFR-Gespräche einzuführen und damit diesen Verhandlungsrahmen auch neu zu beleben. Diese Vorschläge sind, soweit wir wissen, bisher weder von östlicher Seite noch von westlicher Seite in den MBFR-Rahmen eingebracht worden.

Die neue Diskussion über die Neutronenwaffe ist freilich auch ein Hinweis dafür, daß ein einseitiger Verzicht auf bestimmte rüstungspolitische Maßnahmen zwar einen gewissen Zeitraum schaffen kann, der für Verhandlungen genutzt werden kann, daß aber einseitiger Verzicht auf militärische Rüstung aller Erfahrung nach nicht die Verhandlung und den Abschluß von Verträgen ersetzen kann. Aus diesem Grunde kann es nicht überraschen, daß der einseitige Verzicht, den Präsident Carter ausgesprochen hatte, nun infrage gestellt wird und es sich jetzt negativ bemerkbar macht, daß die Zeit seit dem einseitigen Verzicht weder von seiten der Sowjetunion noch von seiten der USA für Verhandlungen beziehungsweise Vertragsabschlüsse zum Thema Neutronenwaffe (vielleicht gekoppelt mit anderen Problemen) genutzt worden ist. Die öffentliche Diskussion zur Neutronenwaffe in der Bundesrepublik Deutschland litt darunter, daß in ihr verteidigungspolitische, militärische und auch konzeptionelle abrüstungspolitische Gesichtspunkte weitgehend ausgeblendet waren.

Das breite öffentliche Engagement gegen die Neutronenwaffe besonders im Jahre 1977 hat sicherlich dazu beigetragen, den politischen Vorrang für rüstungskontrollpolitische Bemühungen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD 1977 und auf dem Berliner Parteitag 1979 vorzubereiten. Es zeigt sich wieder einmal, daß derartige öffentliche Diskussionen Problemlösungen vorbereiten können, aber kein Ersatz für Problemlösung sind. Sie haben ein Problembewußtsein für die Risiken, die mit der Entwicklung neuer Waffentechnologien verbunden sind, geschaffen. Aber sie haben bisher noch nicht dazu geführt, daß Verhandlungen über diese neuen Waffentechnologien, wie zum Beispiel die Neutronenwaffe, ernsthaft begonnen oder gar erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Es ist deshalb davor zu warnen, daß auf die Ankündigung des amerikanischen Verteidigungsministers jetzt ausschließlich mit einem empörten Aufschrei reagiert wird. Es ist im Gegenteil zu hoffen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland die Ankündigung zum Anlaß für eine seriöse konzeptionelle, abrüstungspolitische, militärstrategische und friedenspolitische Diskussion nehmen.

Es ist zu befürchten, daß die CDU wie so häufig, sich dieser seriösen verteidigungspolitischen und abrüstungspolitischen Diskussion entzieht und schon vor Beginn einer derartigen seriösen Diskussion, wie so häufig, jedes neue Waffensystem begrüßt, das entwickelt worden ist und stationiert werden könnte. Wenn die CDU in ihrer sicherheitspolitischen und abrüstungspolitischen Diskussion ernst genommen werden will, dann muß sich diese Diskussion auch innerhalb der CDU niederschlagen und es darf nicht wieder dazu kommen, daß seriöse und ernsthafte abrüstungs- und rüstungskontrollpolitische Diskussionen ausschließlich innerhalb der Koalitionsparteien und insbesondere innerhalb der SPD geführt werden.

(-/5.2.1981/hj/ca)

+ + +



Kein Rückzug des Bundes aus dem ÖPNV

Zum Ausscheiden des Bundes aus den Aufsichtsgremien der Verkehrs- und Tarifverbände

Von Erhard Mahne MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr

Bei der Gründung der ersten Verkehrs- und Tarifverbände in Hamburg, München, Frankfurt, Stuttgart und Rhein-Ruhr hat der Bund durch seine Vertretung zu erkennen gegeben, welche verkehrspolitische Bedeutung er der Verbesserung des ÖPNV durch enge Kooperation der Schienenunternehmen beimißt. Den Ausbau der Verbände hat der Bund aktiv mitgestaltet. Inzwischen haben sich die Verbände so weit konsolidiert, daß der Bund glaubt, auf eine unmittelbare Wahrnehmung seiner Interessen in den Aufsichtsräten verzichten zu können.

Hinzu kommt, daß die Entsendung von Bundesvertretern in die Aufsichtsgremien der bestehenden und noch zu gründenden Verkehrs- und Tarifverbände zu einer starken personellen Belastung des Bundes führt. Hinzu kommt ferner, daß der Bund über seine Mitarbeit in diesen Gremien zunehmend an lokalen und regionalen Sachfragen beteiligt wird, die außerhalb seiner Zuständigkeit und damit seiner Verantwortung liegen.

Dies alles hat Anlaß gegeben, die Beteiligung des Bundes in den Aufsichtsgremien der Verbände zu überdenken und zu der Absicht geführt, aus den Aufsichtsgremien auszuschneiden.

Dieses bedeutet in keiner Weise einen Rückzug des Bundes aus dem ÖPNV. Der Bund steht zu seinen Verpflichtungen. Die Aussage in der Regierungserklärung "im übrigen muß der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden" gilt nach wie vor. Der Bundesminister für Verkehr hat dieser Aussage der Regierungserklärung dadurch entsprochen, daß die Ansätze im Einzelplan 12 für das Jahr 1981 erhöht wurden und daß dies in der mittelfristigen Finanzplanung fortgeschrieben wurde. Damit stehen die ursprünglich aufgrund des Mineralölsteueraufkommens geschätzten Finanzmittel wieder zur Verfügung. Den Vorrang werden dabei in der Zukunft Maßnahmen haben, die eine stärkere Verknüpfung und Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsträger fördern.

In den Ballungsräumen sind die Verkehrsverbände auf der Basis der jeweils für eine Region optimalen Kooperation auszubauen. Die ist in erster Linie eine regionale Aufgabe, die der Bund unterstützt durch seine Investitionspolitik nach GVFG und durch die Einbeziehung der DB in die Verbände. Hieran wird der Bundesminister für Verkehr festhalten. Das heißt aber auch: klare Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern in Bund, Land und Kommunen.

(-/5.2.1981/hi/hgs)



Unterstützung für die Friedenspolitik des Kanzlers

Erneutes Wettrüsten bedeutet finanziellen Ruin und Kriegsgefahr

Von Walter Polkehn MdB

Die Diskussion um Rüstungskontrolle und Abrüstung veranlaßt mich - ähnlich wie es die Stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Marie Schlei schon getan hat - das so wichtige Thema dorthin zu lenken, wo es meiner Meinung nach hingehört, nämlich in Richtung einer europäischen Abrüstungskonferenz.

Der Entspannungspolitik der 70er Jahre muß die militärische Entspannung durch erfolgreiche Rüstungskontrolle und Abrüstung in den 80er Jahren folgen. Gelingt dies nicht, dann stehen wir vor einem erneuten Wettrüsten. Einem Wettrüsten zur Herstellung eines neuen militärischen Gleichgewichts, allerdings dann auf einem noch sehr viel höheren Niveau. Dies würde den finanziellen Ruin der europäischen Staaten bedeuten und die Gefahr einer militärischen Konfrontation vergrößern.

Das sind die Sorgen, die in unserer Zeit viele Menschen in Europa, ob in West oder Ost, bedrücken. Nicht nur die junge Generation oder die Christen weisen auf diese Gefahren hin. Auch aus der Generation, die den schrecklichen Zweiten Weltkrieg und seine Folgen miterlebt hat und die ihren Kindern ein solches Leid ersparen will, mahnen sich die warnenden Stimmen.

Es muß also zu einer Abrüstungskonferenz kommen. Vorschläge liegen dazu aus Frankreich, Polen und anderen europäischen Staaten der KSZE in Madrid vor. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Ich bin davon überzeugt, daß der Wille bei den verantwortlichen Regierungschefs, insbesondere auch bei unserem Bundeskanzler Helmut Schmidt, vorhanden ist. Unsere Aufgabe ist es, ihn dabei und bei seinen vielfältigen Bemühungen um den Erhalt des Friedens zu unterstützen. Darüber hinaus sollten wir Sozialdemokraten es als unsere moralische Verpflichtung ansehen, uns an die Spitze derer zu stellen, die mit Vernunft, Ernsthaftigkeit und nicht nur einseitig für militärische Entspannung und Abrüstung eintreten. Die Legitimation beziehen wir aus der Erfahrung unserer über 100jährigen Geschichte und den aus der Tradition unserer Partei entwickelten Grundwerten.

Allerdings muß ein solches Engagement frei von Emotionen sein. Es muß sich an den Realitäten orientieren. Nur in Übereinstimmung mit unseren Freunden in Europa und im Bündnis können wir zum Erfolg kommen. Hierfür sollten wir geschlossen unsere Kraft verwenden.

(-/5.2.1981/va-he/hgs)

+

+

+



DB muß auch in der Fläche präsent sein

Gefordert ist eine unternehmenspolitische
Konzeption und Verantwortung der Deutschen Bundesbahn

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Zu der wieder aufflackernden Diskussion um die Ausdünnungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn in den Nahverkehrsfahrplänen ist nochmals darauf hinzuweisen, daß Bundesverkehrsminister Hauff der Deutschen Bundesbahn die Auflage gemacht hat, daß sie bei ihren Entscheidungen, welche Art von Veränderungen tatsächlich durchgeführt werden, den Nachweis zu erbringen hat, daß diese Maßnahmen nicht im globalen, sondern im einzelnen in Übereinstimmung stehen müssen mit der Zielsetzung des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 27. Juli 1979.

Der Bundesverkehrsminister erwartet von der Deutschen Bundesbahn, daß mit der Durchführung jeder einzelnen Maßnahme sofort mit einer Nachkalkulation begonnen wird, und daß die dann vorliegenden Wirtschaftlichkeitsaussagen erst Entscheidungsgrundlage sein können.

Darüber hinaus ist der Vorstand der Deutschen Bundesbahn verpflichtet worden, ein verkehrspolitisches Konzept über Rolle und Aufgabe der Deutschen Bundesbahn im Personenverkehr in der Fläche vorzulegen. Erst nach Vorlage dieses Konzeptes und der Nachkalkulation dürfen weitere Maßnahmen über die Veränderungen hinaus, die zum 31. Mai 1981 geplant sind, ins Auge gefaßt werden.

Auch die Maßnahmen zum Fahrplanwechsel müssen mit dem Beschluß des Bundestages in Übereinstimmung stehen. Die Diskussion hat sich auszurichten an der verkehrspolitischen Zielsetzung für die Fläche und an den dann vorliegenden Wirtschaftlichkeitsdaten. Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn steht dabei klar und eindeutig in der unternehmenspolitischen Verantwortung. Er hat die politisch vorgegebenen Rahmendaten auszufüllen und umzusetzen. Es wird jedoch keine Detailsteuerung vom Bundesverkehrsministerium aus geben für Entscheidungen, die im einzelnen anstehen. Gefordert ist hier vielmehr die unternehmenspolitische Konzeption und Verantwortung des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn.

Dort, wo die Verkehrsleistung zu wirtschaftlich völlig unsinnigen Ergebnissen führen würde, muß gehandelt werden. Auf Grund der finanziellen Entwicklung bei der DB müssen von 1982 an die "Geisterbahnen" gestoppt werden. Als Kriterium für die sogenannten "Geisterbahnen" wird zugrunde gelegt, wenn selbst in höchstbesetzten Streckenabschnitten nicht mehr als 25 Reisende gezählt wurden.

(-/25.5.1981/vo-he/hgs)

+ + +

